

Ludwig Watzal

Das Fest fällt aus

PALÄSTINA ■ Mehr als einen taktischen Aufschub der überfälligen Staatsgründung kann sich Arafat nicht leisten

Für die Palästinenser hätte der 4. Mai ein Festtag werden sollen. An diesem Tag läuft die in den Osloer-Verträgen festgeschriebene fünfjährige Interimsperiode aus, an deren Ende die Gründung eines eigenen Staates hätte stehen sollen. Doch es kam anders, als Arafat es sich ausgemalt hatte. Zuerst zwangen ihm Yitzhak Rabin und Shimon Peres Verträge auf, in denen kein Wort von einem eigenen Staat steht. Danach wurde einer der beiden »Friedenspartner« von einem jüdischen Fundamentalisten ermordet. Und der andere verlor die Wahl gegen Benjamin Netanyahu. Dessen rechtsnationalistische Regierung lehnt einen Palästinenserstaat kategorisch ab. Netanyahu gelang es, den Friedensprozeß völlig abzuwürgen. Er hat Arafat öffentlich gedemütigt und in die Enge getrieben. Was bleibt dem PLO-Chef da noch?

Zumal die Palästinenser ihren »Staat« ja eigentlich schon ausgerufen haben. Am 15. November 1988 erfolgte die Proklamation in Algier. Dieser »Phantomstaat« wurde von rund 120 Staaten anerkannt. Nur der Westen, angeführt durch die USA, verweigerte sich. Heute stehen die Zeichen jedoch günstiger. Arafat »beherrscht« wenigstens einen kleinen Teil des Landes. Seine Drohung, am 4. Mai den Staat auszurufen, ist aber aus Schwäche und Verzweiflung geboren. Er wollte damit den störrischen Netanyahu zur Fortsetzung des Friedensprozesses bewegen. Dieser drohte seinerseits Arafat mit der Annexion des größten Teils der Westbank, immerhin 73 Prozent, und mit einer Totalabriegelung der Autonomiegebiete. Im Ernstfall ist er sogar zum Einmarsch und zur Rückeroberung des ganzen Territoriums bereit. Letzteres liegt nicht im Interesse Israels, da das Land sein häßliches Image als Besatzungsmacht durch den Oslo-Prozeß auf elegante Weise losgeworden ist, obwohl Israel weiterhin allein das Sagen hat.

Vom Standpunkt des Völkerrechts ist die Sache klar. Arafats Autonomiegebiete erfüllen alle Voraussetzungen für eine Staatsgründung. Er verfügt über ein Staatsgebiet, dessen Souveränität von niemandem in Frage gestellt wird. Es gibt ein Staatsvolk. Arafat ist bereit und in der Lage, internationale Verpflichtungen und Verträge zu erfüllen. Ebenso übt er

die Kontrolle über das Gebiet und dessen Bevölkerung aus. Auf der Grundlage dieser Völkerrechtskriterien ist der Staat »Palästina« so legitim wie Israel. Und im Gegensatz zu Israel hat der Staat »Palästina« festumrissene Grenzen: die von Israel besetzten Gebiete Gaza-Streifen und Westbank. Kein Staat der Welt stellt dies in Frage, außer Israel. Es gibt in der Region einen souveränen Staat »Palästina« und – nach der UN-Sicherheitsratsresolution 242 – eine israelische Besatzungsmacht, deren Gebietserwerb durch Krieg illegal ist. Bei einer Proklamation träte dieser Sachverhalt ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit.

Die USA und die EU haben Arafat jedoch zu verstehen gegeben, daß sie seinen Staat nur anerkennen, wenn er die Proklamation verschiebe. Dies wird er auch tun, denn in Israel wird am 17. Mai gewählt, und Arafat will alles vermeiden, daß Netanyahu eine zweite Amtsperiode erhält. Er setzt allein auf Ehud Barak von der *Arbeitspartei*. Dabei sitzt er einem fundamentalen Irrtum auf: Er glaubt, die *Arbeitspartei* sei wesentlich anders als der Likud. Der Unterschied liegt aber nicht in der Substanz, sondern in der Nuance. Die *Arbeitspartei* will den Palästinensern zwar einen »Staat« zugestehen, aber dieser wird sich nur unwesentlich von der Autonomie-Variante Netanyahus unterscheiden.

Mit dem 3. Mai ist der Friedensprozeß zu Ende. Die Amtszeit des Legislativrates und des »Präsidenten« Arafat sind formell beendet. Keine Seite ist mehr an die Vereinbarungen gebunden und kann einseitige Schritte einleiten. Israel hatte dies in Form von Landenteignungen, Siedlungsbau auch während des Friedensprozesses getan. Den Palästinensern aber wurde jede öffentliche Darstellung ihres Anspruches auf Ost-Jerusalem verweigert. Soviel Ungleichgewicht können Arafat und seine Autonomiebehörde nicht mehr länger hinnehmen. Sie sollten ihren Staat einige Wochen nach den israelischen Wahlen, spätestens aber zur Jahrtausendwende ausrufen. Jeder weitere Aufschub ginge zu Lasten der Palästinenser und hätte am Ende den Verlust nahezu allen Territoriums zur Folge.

Durch eine Proklamation würde Arafat innenpolitisch verlorenes Terrain wiedergewinnen. Zumindest könnte er von der katastrophalen wirtschaftlichen Lage in den Autonomiegebieten ablenken und alle Kräfte für den Aufbau demokratischer Strukturen bündeln. Gleichzeitig wären die Palästinenser in der Lage, sich stärker auf den Kampf gegen den Ausbau der Siedlungen und für die Durchsetzung des Völkerrechts zu konzen-

trieren. Hier sind vor allem die Europäer gefragt. Für die EU wird es Zeit, daß sie der Forderung des Europäischen Rates vom vergangenen März nach der Anerkennung eines »dauerhaften und uneingeschränkten« Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staates endlich konkrete politische Taten folgen läßt. ■